

Bio-Berichterstattung und Nitratbericht: Bitte plausibilisieren statt glauben

Georg Keckl, Agrarstatistiker, Hannover, 24.01.2017, Aktualisiert: 25.01.2017 20:18 Uhr, Quelle: <http://www.keckl.de/>

Inhalt:

1) Zweischneidiger Bio-Erfolg	1
1.1) Steigende Subventionen für die Bio-Teller der sowieso Besserverdienenden	2
1.2) Bio-Glanzprodukte: Milch, Eier, Produkte für geschickte Selbstvermarkter	2
1.3) Trotz traumhafter Bedingungen trauen die Schweinebauern Bio nicht	3
1.4) Dem Bio-Ackerbau fehlen sichere Abnehmer für große Mengen	3
1.5) Erfolg wäre die größte Gefahr für die grüne Landwirtschaftspolitik	3
2) Statistik: Plausibilisieren statt Glauben	4
2.1) Die scharf angerührte Nitratsuppe der Frau Höhn für die Lieben von WDR & NDR.....	4
2.1) Die Veröffentlichung des Nitratberichtes 2016: Ein Stück aus dem Tollhaus!.....	8
3) Verbündete im Ungeist: Die Grün- und Nationalpopulisten	9

1) Zweischneidiger Bio-Erfolg

In der Bio-Berichterstattung wird gern eine Mission vor die Lage gestellt. Keiner wagt, wie einst bei den recht gut informierten DDR-Statistiker, ein distanziertes Wort. Der politische Druck, Erfolgsmeldungen zu produzieren, führte einst und jetzt regelmäßig zu absurden Situationen¹.

Es gibt einen Bioboom, der sich hauptsächlich aus den rasant zunehmenden Billigmengen der Discounter² und des davon ausgehenden Preisdruckes für alle speist. Es gibt keine amtliche Preisstatistik („Inflationsrate“) getrennt für Bio- und Konvilebensmittel, aber durch das wachsende Angebot bei Discountern u.a. ist ein Zugreifen bei „Bio“ immer einfacher und billiger geworden³. Der Mengen-Boom ist auch eine Preisreaktion. Die traditionellen Bioläden mit ihren relativ hohen Preisauflägen gegenüber konventioneller Ware sterben weg wie einst die Tante-Emma-Läden. Im Bio-Fachhandel wächst der Umsatzanteil der industriell hergestellten Bioprodukte („Trockenprodukte“) schneller als der traditionelle „Frischbereich“⁴, der die höchsten Entgeltanteile für zuliefernde Landwirte bringt. Zusätzlich nimmt die Bedeutung großer Handelsketten, auch für Bio, zu.

Die drei Entwicklungen zusammen (mehr vom Discounter, mehr Kettenläden, mehr verarbeitete Produkte) bedrohen die lukrative „Direktvermarktung“ von Bio-Landwirtschaftsprodukten an die Lieferantentür der Bioläden. Nur große Biobauern oder gewiefte und strenge Dompteure von Erzeugergemeinschaften können hier mithalten. Immer mehr Biobauern werden, wie vorher schon die konventionellen, zu Rohstofflieferanten und abhängig von Großeinkäufern. Über Frischeimporte und die Großabnehmer wird Preisdruck erzeugt. Bio-Kleinbetriebe werden in Nischen oder einen Zuerwerb gedrängt, wie schon die Konvis. Biobetriebe wachsen oder weichen, teilweise schneller als Konvibetriebe⁵.

¹ Vgl.: <http://www.agrarheute.com/dlz/news/darfs-bisschen-mehr>

² Vgl.: <http://www.gfk-verein.org/compact/fokusthemen/bio-trend-natuerlich-gut-essen>

³ Vgl.: „Eine wesentliche Ursache für das langsame Wachstum des Ökolandbaus in Deutschland sind neben den geringeren Erträgen die stark gestiegenen Boden- und Pachtpreise sowie die zu niedrigen Erzeugerpreise.“ Seite 54 in http://www.ml.niedersachsen.de/download/99809/Verbraucherschutzbericht_2014.pdf und <http://biohandel-online.de/>

⁴ Vgl.: <http://www.boelw.de/themen/zahldatenfakten/situation-im-naturkostfachhandel/>

⁵ Vgl.: <http://www.statistik.rlp.de/wirtschaft/landwirtschaft> und <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-130092994.html> und http://literatur.vti.bund.de/digbib_extern/dn051877.pdf

1.1) Steigende Subventionen für die Bio-Teller der sowieso Besserverdienenden

Deutsches Bio bleibt weiter von hohen deutschen Extrasubventionen⁶ abhängig, die deutsche Bioprodukte gegenüber EU-Importen verbilligen, bzw. besser konkurrenzfähig machen. Die Biobranche weiß, warum sie immer mehr Subventionen fordert! Die eher betuchte Bio-Kundschaft⁷ kuckt auch auf's Geld: Die Aufschläge, die der deutsche Verbraucher für Bio zahlen will, nehmen jenseits der 20% für die betroffenen Produktgruppen stark ab. Preisaufschläge jenseits der 45% werden nur noch von einer kleinen Gruppe von Konsumenten akzeptiert, die für ein Mengengeschäft in teuren Discount-Regalplätzen weniger interessant sind⁸. Das steigende Angebot preiswerter Bio-Ware in immer größeren Läden und Handelsketten trägt den Boom. Mikrozensuserprobte Statistiker haben mal einen seltenen „Komplett-Umstieg“ von (relativ teuren) konventionellen Markenprodukten auf markenlose Bioprodukte, also in das Bio-Einstiegspreissegment, durchgespielt. Das kostet diesen speziellen Kunden nur noch einen gemittelten Bio-Aufschlag von 5%.⁹ Biomilch statt Markenmilch?

Es ist nicht so, dass die eine Kundschaft die „Geiz ist geil“-Kundschaft wäre und die andere sich aus edlen Genießern zusammensetzt. Der Preis ist wichtig, wichtiger als in Verbraucherbefragungen gesagt wird, wo oft nur ein aktuell gewünschtes Verhalten¹⁰ als affektiertes Echo kommt. Bei dieser Subventionsabhängigkeit der deutschen Bioproduktion ist es deshalb nicht dauerhaft ratsam, die EU und ihre Wettbewerbswächter zu verärgern. Die deutschen Zusatzsubventionen für heimisches Bio muss die EU als wettbewerbskonform für andere Biobetriebe in der EU genehmigen. Noch gilt hier für Bio ein gewisser „Welpenschutz“, aber je mehr Umsatz sie machen, desto schneller ist der weg. EU-Binnenmarkt bedeutet: Wir sind ein Land, alle Produzenten sollen gleiche Chancen haben! Dass anderswo die Regeln evtl. lascher gehandhabt werden, zählt hier nicht, da muss man dann an die Regeln ran. Die deutsche Biobranche wehrt sich mit allen Mitteln gegen solche Reformbestrebungen der EU bei Bio¹¹, beschwört in bester Bauernbundtradition das Ende von Bio wenn die Regeln strenger und die Subventionen weniger werden. Aber gute Biobetriebe mit entsprechenden Marktzugängen sind in der Lage, mit diesen Extraförderungen im Rücken gute Pachtpreisangebote zu machen, womit sie auch Konvibetriebe aus dem Flächenwettbewerb drängen können. Die abgehängten Exkommunarden der ersten Biozeit verschwinden so oder so, wenn sie keinen Marktzugang gefunden haben. Subventionen wandern gern als leistungslose Einkommen zum Landbesitzer - auf Kosten der Arbeit- und Einkommensuchenden. Das geht auf die Dauer nicht gut.

1.2) Bio-Glanzprodukte: Milch, Eier, Produkte für geschickte Selbstvermarkter

Markenlose Biomilch wird heute oft schon zum Konvi-Markenmilchpreis angeboten. Die lange Preismisere bei konventioneller Milch hat viele moderne Milchviehbetriebe zu Bio gebracht. Die Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2016 (ASE-Vorstellung Mai-Juni 2017) werden das zeigen. Manche Bio-Molkereien bitten schon, keine Werbung für weitere Umstellungen von Milchviehbetrieben zu machen, sie befürchten einen Preissturz, wenn der Absatz nicht mitkommt. Die Kleinbetriebe mit Anbindehaltung, die die neuen Biovorgaben nicht stemmen konnten, haben die Bioverbände rausgeworfen und problemlos ersetzt. Das

⁶ Vgl.: <https://www.oekolandbau.de/erzeuger/oekonomie/betriebswirtschaft/foerderung/>

⁷ Vgl.: Seite 67 in http://orgprints.org/15745/1/15745-06OE119-uni_kassel-hamm-2009-kaufbarriere_preis.pdf und <https://www.lw-heute.de/> und <http://www.bioaktuell.ch/>

⁸ Vgl.: Seite 52 und 53 in <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik>

⁹ Vgl.: „Bei einem unveränderten Konsumverhalten sind die Alternativen des nachhaltigen Konsums mit wesentlich höheren Kosten verbunden. Der Verzicht auf die Markenfixierung ist jedoch mit deutlich geringeren Preisauflagen verbunden. Bei einem Umstieg von konventionellen Markenprodukten auf markenlose Produktalternativen beziehungsweise Preiseinstiegs-Handelsmarken liegt der Preisauflage des nachhaltigeren Warenkorbs beispielsweise mit 5% sogar unter der Mehrpreisbereitschaft der Konsumenten, die bei Ökoprodukten im Durchschnitt aller Gütergruppen und Konsumenten zwischen 10 und 20% liegt. Werden allerdings jeweils gleichwertige Markensegmente miteinander verglichen, so liegt der berechnete Preisauflage mit durchschnittlich 70 % deutlich über der Schwelle von 45%. Diese Schwelle wird von der Mehrheit der Konsumenten als maximaler Preisauflage angesehen, der gerade noch akzeptiert wird.“ In <https://www.destatis.de/>

¹⁰ Vgl.: https://de.wikipedia.org/wiki/Soziale_Erw%C3%BCnschtheit

¹¹ Vgl.: <https://www.tagesschau.de/> und <http://boelw.de/presse/> und <https://www.topagrar.com/> und taz am Sonntag 21.-22.1.2017 Seite 5, Interview mit Agrarkommissar Hogan: <https://www.taz.de/Archiv-Suche/!5373537&s=hogan/> und <https://www.taz.de/Archiv-Suche/!5376762&s=hogan/>.

hat manche brave Kleinbauern doch überrascht, dass sie jetzt nicht mehr „bio-tiergerecht“ wirtschaften sollten. Die neue Moral kennt keinen Aufschub, gestern noch der Bilderbuch-Biohof, heute tierquälereische Haltung? „Eine Frage der Haltung“ sollte man nicht nur auf andere münzen. Moderne Milchbauern, die eine passende, zukunftssichere Biomolkerei in der Nähe haben, haben von allen landwirtschaftlichen Betriebszweigen die geringsten Umstellungsprobleme, da hier die Standards wenig verschieden sind. Freiland-Konvindhühnerhaltung und Biolegehennenhaltung unterscheiden sich auch nicht groß. Bioeier sind heute in jedem Discounter zu finden, auch hier gibt es einen Preiskampf¹². Bei Bio-Milch gibt es im Moment eine gewisse Euphorie, bei Schweinen und im spezialisierten Ackerbau nicht.

1.3) Trotz traumhafter Bedingungen trauen die Schweinebauern Bio nicht

Für Bio-Schweinefleisch gibt es momentan traumhafte Angebote der Großschlachtereien: hohe, mehrjährig gesicherte Festpreise für Schweine. Trotzdem stellen weniger um als aufgeben¹³: Der Bedarf ist da, aber die Bio-Produktion sinkt! Der Schweinebereich ist pessimistisch, nur noch wenige haben den Optimismus, dass sich die hohen Kosten für neue Ställe oder Stallumbauten während der kalkulierten Abschreibungszeit reinholen lassen – wegen ständig zu erwartender neuer Vorschriften, sowohl für Bio- als auch für Konvihalungen. Alle kennen das Schicksal der Ferkelerzeuger, die zuerst über die neuen gesetzlichen Vorschriften zur Gruppenhaltung dezimiert wurden¹⁴, insbesondere im Biobereich¹⁵, und nun verbreiteten Tierschutz-Gerichtsurteile eine Unsicherheit, die die Ferkelerzeugung aus Deutschland immer mehr abwandern lässt¹⁶. Wenn niemand mehr weiß, was und wie lange was gilt, bleiben Investitionen aus. Das kann auch gewollt sein.

1.4) Dem Bio-Ackerbau fehlen sichere Abnehmer für große Mengen

Die größten Hindernisse für den großflächigen Bioackerbau sind:

- a) Wenig schlagkräftige Vermarktung großer Erntemengen, wie bei konvi überall möglich.
- b) Die schwierige und flächenzehrende Stickstoffversorgung ohne oder bei wenig Vieh.
- c) Der Handarbeitsbedarf, bzw. das Ausfallrisiko, wenn mal z.B. die maschinelle Unkrauthacke wetterbedingt nicht möglich war.

Sehr viele Landwirte misstrauen den Biokontrollleuren als voreingenommen, insbesondere dann, wenn sie nur wegen des Geldes umstellen. Die EU scheint nicht locker zu lassen, die EU-Biovorschriften strenger machen zu wollen¹⁷, auch das hemmt Investitionen, ebenso wie Befürchtungen, Tiere nicht mehr bestmöglich füttern und behandeln zu können. Ackerbaubetriebe stellen ungern zurück auf Vieh, was aber bei Bio oft nötig wäre. Im Unterschied zur allgemeinen Einbildung, ist Biofutter meist nicht von der physiologischen Qualität wie Konvifutter, auf Hokuspokus kommt es hier nicht an. Wer eh nicht so ganz die große Fütterungsahnung hat, würde sich gern auf Top-Futter der Marke „Problemlos“ verlassen, wie es im Konvibereich von ausreichend vielen Anbietern mit oft hoher Praxiserfahrung zu haben ist.

1.5) Erfolg wäre die größte Gefahr für die grüne Landwirtschaftspolitik

Was würde denn passieren, wenn jetzt innerhalb von 10 Jahren alle Landwirte auf „Bio“ umstellen würden? Es würde sich zeigen, dass auch Bio keine „romantischen“ Kleinbetriebe erhalten kann! Der

¹² Vgl.: „Der Bio-Eier-Preiskampf der vergangenen Monate zeigt deutlich: Erzeuger und Verarbeiter, auch im Biobereich, werden von Discountern und Lebensmittelketten massiv unter Druck gesetzt, möglichst billig zu produzieren.“ <http://n-bnn.de/>

¹³ Vgl.: <http://www.ami-informiert.de/> und Tabelle Seite 7 in <http://www.boelw.de/>

¹⁴ Vgl.: Destatis 2013: „Ein Grund für diese Entwicklung ist die geänderte Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung. Diese schreibt seit dem 1. Januar 2013 erweiterte Anforderungen an die Haltung von Zuchtsauen vor, die von vielen Haltern umfangreiche Investitionen erfordern. Nicht alle Betriebe haben die mit der Umstellung auf Gruppenhaltung verbundenen Investitionen vorgenommen und lassen den Betriebszweig Sauenhaltung auslaufen. Dies betrifft insbesondere kleinere Betriebe. Zum Stichtag 3. Mai 2013 hatten 22,1 % aller Betriebe, welche im Mai 2012 noch bis zu 100 Sauen hielten, die Sauenhaltung eingestellt.“ aus: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/06/PD13_211_413.html

¹⁵ Vgl.: Seite 12 in <http://www.ami-informiert.de/>

¹⁶ Vgl.: <http://www.ami-informiert.de/> und <http://www.ami-informiert.de>

¹⁷ Vgl.: <https://www.topagrar.com/news/>

Zauber wäre weg, die Prognosen der Zauberer würden hinterfragt werden, leichtfertige Versprechen eingefordert werden, wie das schon die C-Parteien jahrelang durchmachen (z.B.: „*Jeder der Bauer bleiben will, soll in Bayern Bauer bleiben können, auch wenn er nur 20 Tagwerk hat*“¹⁸). Die Bio-Tierhaltung würde trotzdem von den Tierhaltungsgegnern bekämpft werden. Bio würde zum Standard zu Konvipreisen, Importe würden das Preisniveau bestimmen. Es ist ein großes Risiko, über eine Angebotsgängelung mit Absprachen und Druck auf die Händler eine Verhaltensänderung der Konsumenten herbeizwingen zu wollen, statt normal und relativ problemlos über die Kundennachfrage. Wenn alle Bio kaufen würden, würde nur Bio produziert werden, so einfach ist das! Eine Verhaltensänderung über die Produktion und den Vertrieb erzwingen zu wollen, ist marktwirtschaftlicher Unfug, führt in den Bankrott. Die spät-pubertierende Kundschaft könnte auch auf verdeckte „Veggie-days“ extrem sauer reagieren, wenn sie es mal wieder merkt.

Was beim Fischfang noch geräuschlos funktionierte, die Eigenversorgung durch die deutsche Fischereiflotte zu opfern, könnte bei Ratschlägen wie dem „Greenpeace Kursbuch Agrarwende 2050“¹⁹ bei zunehmenden Lebensmittel- Importüberschüssen (50% Obst und Gemüse dürften hier importiert werden) und gleichzeitiger Exportverhinderungen (nie mehr als den Eigenbedarf erzeugen!) irgendwann Unbehagen auslösen. Deutschland ist seit 1871 ein Land mit Importüberschüssen bei Lebensmitteln, man kucke sich doch mal die Regale der Supermärkte an. Bei uns „wächst“ Milch und Fleisch gut, anderswo Südfrüchte, Obst, Gemüse besser. Mit den Einnahmen aus den Überschüssen bei Milch, Fleisch und Weizen können wir die Lebensmittelimportrechnung noch immer nicht bezahlen²⁰. Bis zum 20. Januar 2017, der ersten Rede von Präsident Trump, waren Quasi-Import und -Exportverbote, wenn die Plan-Eigenversorgungsquote nicht passt, verrückte Vorstellungen. Die Gruppe der Freihandelsgegner, Planvorgeber und Regulierer unter dem Fähnchen „Umwelt zuerst“ sitzt nun im Boot von „Wir zuerst“-Präsident Trump. Eine starke Koalition der Populisten rudert zurück zum Merkantilismus eines Finanzministers Jean-Baptiste Colbert, Marquis de Seignelay (1619-1683) – was nur mit schwachen Nachbarn und Kolonien funktionierte.

2) Statistik: Plausibilisieren statt Glauben

Der „Nitratbericht 2016“ hat es in die engere Auswahl zur „Unstatistik des Monats Januar 2017“ gebracht, meldet DIE WELT in einem Interview mit Prof. Walter Krämer, bei dem es um den schwierigen Umgang mit Statistiken im postfaktischen Zeitalter, um Fake-News und Fakten geht.²¹ Prof. Krämer in dem Interview: „*Behauptungen, die nicht innerhalb von Minuten überprüfbar sind, werden eben nicht mehr überprüft. Das ist Folge des Smartphone-Zeitalters.*“ Leider ist das so. Wenn man das durchgehen lässt, fördert man diese Unkultur. Darum ist es wichtig, Behauptungen zu prüfen statt zu glauben und penetrant auf Korrekturen zu bestehen. Darum jetzt wieder zum Nitratbericht 2016.

2.1) Die scharf angerührte Nitratsuppe der Frau Höhn für die Lieben von WDR & NDR

Will man Fehler vermeiden, ist es nützlich, echte Praxisfehler zu analysieren. Wie kam es am 7. November 2016 zu einer Flut von Falsch- und Unsinnsmeldungen über das Ausmaß des Nitratgehaltes in Grundwasser? Am 7.11.2016 meldete FAZ.net (Quelle dpa):

„*Nach einer Antwort des Umweltministeriums auf eine Frage der Bundestagsabgeordneten Bärbel Höhn (Grüne) lag der Anteil der Messstellen, an denen ein Nitratgehalt über dem gesetzlichen Grenzwert von 50 mg/l gemessen wurde, im vergangenen Jahr bei 18,1 Prozent. Zum Vergleich: Im Jahr 2011 war dies erst an 15,4 Prozent der Messstellen der Fall gewesen.*“²²

¹⁸ Vgl.: Jaromír Balcar: Politik auf dem Land: Studien zur bayerischen Provinz 1945 bis 1972, S 359 <https://books.google.de/books>

¹⁹ Vgl.: Greenpeace „Kursbuch Agrarwende 2050 Kurzfassung“, ZITAT Seite 7 und Grafik Seite 9: „Maßstab ist die 100-prozentige Selbstversorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten Lebensmitteln. Nur für Obst und Gemüse wurde ein Selbstversorgungsgrad von 50 % angenommen, was allerdings im Vergleich zu heutigen Werten eine deutliche Steigerung bedeutet“ ZITAT ENDE in <https://www.greenpeace.de>

²⁰ Vgl.: Seite 8/9 in <http://www.bmel.de/>

²¹ Vgl.: DIE WELT, 23.1.2017, WISSEN Seite 20: Artikel von Norbert Lossau: „Wahrheit macht erfolgreich“, Interview mit Prof. Walter Krämer, Statistiker an der Uni Dortmund: <https://www.welt.de/wissenschaft/>

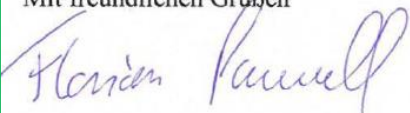
²² Vgl.: <http://www.faz.net/agenturmeldungen/dpa/>

Dieser Apfel-Birnen-Vergleich mit völlig falscher Schlussfolgerung („Nitrat steigend“) fand sich auch im Nordkurier, RP, KStA, ZDF, SZ u.v.m.²³ Die NOZ meldete den Fake schon am 16. September, in dem Artikel wurde sich auf den Rechercheverbund von WDR und NDR²⁴ berufen. Aber, nur die 15,4% für 2011 sind in der Antwort des Umweltministeriums an die Frau Höhn auf deren Anfrage hin drin, die 18,1% nicht²⁵:

Antwort

Die Untersuchung und Bewertung der Grundwasserqualität ist Aufgabe der Länder. Nach den der Bundesregierung vorliegenden Daten der Länder lag im Jahr 1995 der Anteil der Messstellen mit Nitratgehalten von mehr als 50 mg/L bei 15,7 Prozent und im Jahr 2011 bei 15,4 Prozent. Die Grundwasserkörper, die aufgrund ihrer Belastung mit Nitratgehalten oberhalb von 50 mg/L in einem schlechten chemischen Zustand nach der Wasserrahmenrichtlinie sind, umfassen eine Gesamtfläche von 100.891 km².

Mit freundlichen Grüßen



Florian Pronold

Aus dem Antwortschreiben des Umweltministeriums an Frau Höhn

Die 18,1% sind der Anteil der Messstellen über dem Grenzwert (50mg/l) aus dem damals noch nicht veröffentlichten Nitratbericht 2016 für die Messperiode 2012-2014, sonst taucht die nirgends auf!

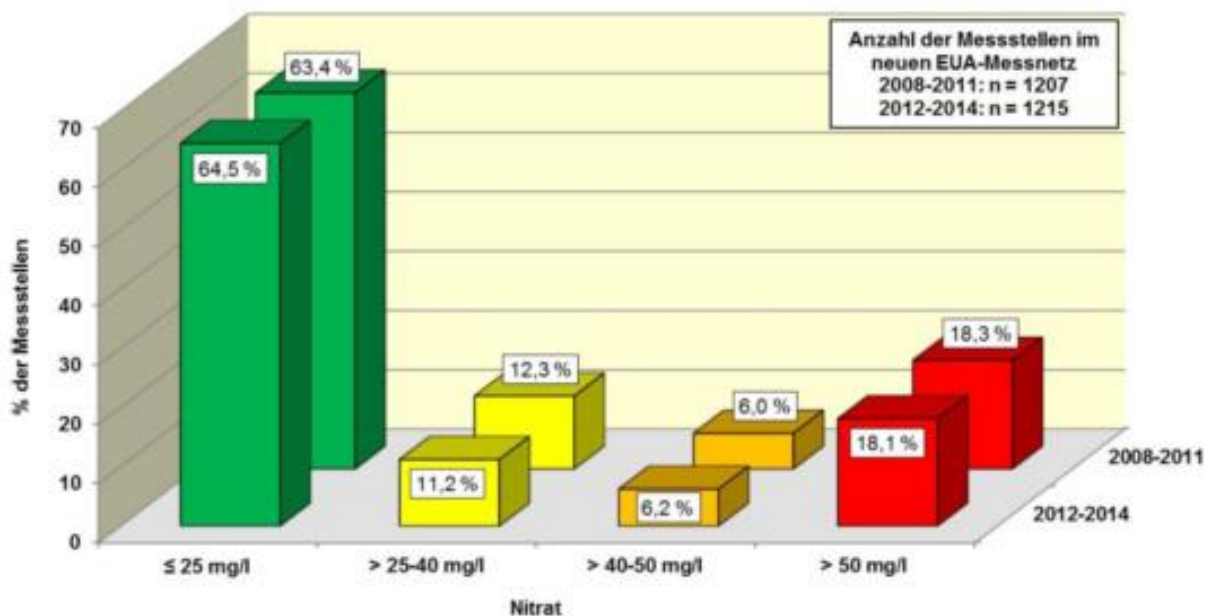


Abbildung 23: Häufigkeitsverteilungen der mittleren Nitratgehalte der Zeiträume 2008-2011 und 2012-2014 an den Messstellen des EUA-Messnetzes

[Nitratbericht 2016](#), Seite 45: Im „neuen EUA-Messnetz“ mit 1215 Messstellen (2012-2014) liegen nun 18,1% der Messstellen über 50mg Nitrat.

²³ Vgl.: <http://www.sueddeutsche.de> und <http://www.heute.de/> und <http://www.abendzeitung-muenchen.de> und <http://www.rp-online.de/> und <http://www.3sat.de/page/?source=/nano/umwelt/167905/index.html>

²⁴ Vgl.: <http://www.noz.de/deutschland-welt/gut-zu-wissen/>

²⁵ Vgl.: <http://www.baerbel-hoehn.de>

Nun hat Frau Höhn messerscharf geschlossen: Das Umweltministerium meldet uns für 2011, dass 15,4% der Messstellen über 50mg Nitrat liegen und hier steht, dass es 2012-2014 (von wegen „vergangenes Jahr“) schon 18,1% waren, das ist doch viel mehr, da müssen wir gleich den WDR-NDR verständigen und über den erprobten Kanal die Umweltkatastrophe in möglichst viele Medien bringen. Dass sich die 18,1% rein rechnerisch ergeben, keinerlei echte Zunahmen als Hintergrund haben, weil man hier viel mehr Messstellen mit hohen Nitratgehalten reingenommen hat als vorher bei den 15,4%, wird verschwiegen. So kam es zu dieser Welle von Falschmeldungen: „2011 waren es 15,4% und letztes Jahr schon 18,1%.“

Als nun der Nitratbericht 2016 veröffentlicht wurde, konnte jeder lesen, dass die Nitratbelastung des Grundwassers in Deutschland nicht zugenommen hat, also die „Zunahme-Show“ der Frau Höhn von Sept. bis Nov. 2016 ein Fake war. Hat sich nun ein Journalist gefragt, auf was und wen er da vor zwei Monaten reingefallen ist? Werden nun den Öko-Eiferern ihre Fakes nicht mehr abgenommen? Es ist ganz lustig, die Artikel vom Sept. und Nov. 2016 mit Frau Höhns „Zunahmen“ und die Artikel derselben Medien nach der Veröffentlichung des Nitratberichtes („keine Zunahme“) zu vergleichen.

Außerdem darf man sich die Frage stellen, wer von den Verfassern des Nitratberichtes hier zu dem Unsinn vom Sept- bis Nov. geschwiegen hat? Die wußten alle, dass hier Unsinn verbreitet wird und kuckten zu, saßen auf ihrem Nitratbericht. Nix falsch gemacht, gelle?

NOZ am 16.9.2016 und 3.1.2017 (Grafiken sind mit den Artikeln verlinkt):

Der Grenzwert für den Nitratgehalt des Grundwassers wird an immer mehr Orten in Deutschland überschritten. Das geht aus der Antwort des Bundesumweltministeriums auf eine Frage der Bundestagsabgeordneten Bärbel Höhn (Grüne) hervor, über die WDR und NDR zuerst berichteten.

Danach lag der Anteil der Messstellen, an denen ein Nitratgehalt über dem gesetzlichen Grenzwert von 50 mg/l gemessen wurde, im vergangenen Jahr bei 18,1 Prozent. Zum Vergleich: Im Jahr 2011 war dies erst an 15,4 Prozent der Messstellen der Fall gewesen.

Osnabrück. Nach Ansicht des Bundesumweltministeriums gefährdet die Landwirtschaft durch Ausbringen von Gülle und Kunstdünger nach wie vor die Gewässerqualität in Deutschland.

Zu diesem Schluss kommt das Ministerium auf Basis des sogenannten Nitratberichtes, den die Bundesregierung jetzt an die EU-Kommission übermittelt hat und der unserer Redaktion vorliegt. Demnach hat sich der Grundwasserzustand in den vergangenen Jahren nicht wesentlich verbessert. 28 Prozent der Messstellen weisen eine Nitratkonzentration über dem Grenzwert von 50 Milligramm pro Liter auf.

NOZ am 16.9.: Aus den *Daten der Bundesregierung* ist zu lesen, dass „*der Grenzwert für den Nitratgehalt im Grundwasser an immer mehr Orten in Deutschland überschritten*“ wird.

NOZ am 3.1.2017: Nun verkündet das Bundesumweltministerium, dass „*sich der Grundwasserzustand in den vergangenen Jahren nicht wesentlich verbessert*“ hat.

Aus den 18,1% vom 16.9.2016 wurden mal eben 28% am 3.1.2017! Die 18,1% klangen wohl zu sehr nach Bauernverband („82% der Messstellen unter dem Grenzwert“). Für den Fall, dass die 18,1% das Rennen machen könnten, hat sich das BMUB ja die fachlich überflüssigen 28% als Deutschland-Fake zurecht-fummeln lassen. Die Zahl aus dem Nitrat-Sondermessung ist inzwischen, als „Zahl für ganz Deutschland“ etabliert, statt der korrekten 18,1%. Das BMUB würde die Übertreibung nie richtigstellen wollen. Regierungssprecher kann man so werden, aber etwas mehr Distanz könnt der Sache nicht schaden.

Die Bundesregierung hatte zuletzt bestätigt, dass der Grenzwert für den Nitratgehalt des Grundwassers an immer mehr Orten in Deutschland überschritten wird. Nach einer Antwort des Umweltministeriums auf eine Frage der Bundestagsabgeordneten Bärbel Höhn (Grüne) lag der Anteil der Messstellen, an denen ein Nitratgehalt über dem gesetzlichen Grenzwert von 50 mg/l gemessen wurde, im vergangenen Jahr bei 18,1 Prozent.

WEITERE LINKS ZUM THEMA



Nitrat-Grenzwerte ...

Höhn:
"Massentierhaltung"

Ein Drittel aller Flächen betroffen

Zum Vergleich: Im Jahr 2011 war dies erst an 15,4 Prozent der Messstellen der Fall gewesen. Inzwischen sind den Angaben

Im deutschen Grundwasser findet sich noch immer zu viel Nitrat. Zwischen 2012 und 2014 wurde der zulässige Grenzwert an 28 Prozent der Messstellen überschritten. Das geht aus dem aktuellen Nitrat-Bericht der Bundesregierung hervor, den das

WEITERE LINKS ZUM THEMA



Zu lasche Regeln?

Nitrat im

Umweltministerium veröffentlicht hat. In den vergangenen Jahren habe sich die Nitratbelastung des Grundwassers "nur geringfügig verbessert", heißt es in dem Bericht.

Aus den korrekten 18,1% vom 7.11.16 wurden am 3.1.17, die BMUB-insinuierten 28%. Zum Ersten, zum Zweiten..?

ZDF am 7.11.2016: „Die Bundesregierung hatte zuletzt bestätigt, dass der Grenzwert für den Nitratgehalt des Grundwassers an immer mehr Orten in Deutschland überschritten wird.“

ZDF am 3.1.2017: „In den vergangenen Jahren habe sich die Nitratbelastung des Grundwassers "nur geringfügig verbessert", heißt es in dem Bericht.“

Tagesschau.de am 16.09.2016 und 3.1.2017

Das Grundwasser in Deutschland ist immer stärker mit Nitrat belastet - und gefährdet damit auch das Trinkwasser. Das belegen Zahlen, die dem NDR und WDR vorliegen. Schuld ist die Massentierhaltung. Die Politik reagiert nur zögerlich.

Gülle wird in Deutschland immer noch als Dünger auf Feldern versprüht und belastet - wie auch Kunstdünger - laut dem aktuellen Nitrat-Bericht der Bundesregierung weiter das Grundwasser. Eine Gesetzesreform soll das jetzt ändern.

Die Tagesschau erspart sich am 3.1.2017 lieber den Widerspruch zu ihrer Meldung vom 16.9.2016, dass in dem ihr „vorab“ zugesteckten Nitratbericht 2016 eigentlich als Kernaussage für das Grundwasser steht, dass es keine Zunahme der Nitratbelastung gegeben hat. Sie campaignt einfach postfaktisch weiter in dem Sinn, dass alles doch ganz schlimm ist und eigentlich immer schlimmer wird. Tagesschau.de als unbeirrbar Nitrat-Fakeshow! Diese Vergleiche kann man für viele Medien machen.

Den Vogel schießt wieder Frau Höhn ab. Nun war am 3.1. mit der „Veröffentlichung“ des Nitratberichtes raus, dass es keine Zunahme bei Nitrat gegeben hat, dass ihre Meldungen vom Sept. bis November falsch waren. Aber nach dem Motto: „was interessiert mich mein Fake von gestern, ich habe noch einen besseren im Hut“, macht sie im WDR-Hörfunk weiter. Frau Höhn, die zwei Monaten zuvor noch bei 18,1% Grenzwertüberschreitung Zeter und Mordio, bzw. „das ist der Preis des Billigschnitzels“, geschrien hat, ließ die vom BMUB angebotenen 28% gleich links liegen und kehrte am 4.1.2017 in einem WDR-Radiointerview zum total abwegigen „Maltavergleich“ zurück mit knapp 50% Grenzwertüberschreitungen. In dem speziellen Nitratbelastungsmessnetz mit 162 Messstellen nur in Belastungsgebieten, lagen laut Nitratbericht 2012 knapp 50% über dem Grenzwert, nur Malta war noch schlechter, woraus sie dann über den WDR wieder verkündet „fast so schlecht wie Malta“²⁶ etc.. Und überhaupt gäbe es nur in Viehgegenden Probleme und die Tiere wären mehr geworden und ähnliche Fake-News.

2.1) Die Veröffentlichung des Nitratberichtes 2016: Ein Stück aus dem Tollhaus!

Am 12. Juli 2016 veröffentlichte der Österreichische Landwirtschaftsminister eine Pressemitteilung: „Nitratbericht 2016“ - samt Links zu den von der EU angeforderten und an die EU geschickten Dokumenten.²⁷ Der gemeinsamer Nitratbericht 2016 der beiden deutschen Bundesministerien für Umwelt und für Landwirtschaft wurde am 29. Juli 2016 an die EU geschickt. Eine Pressemitteilung mit Link zu diesem Werk erfolgte nicht. In der Folgezeit konnte man mal beim UBA Daten aus dem Bericht zufällig sehen, dann brachten verschiedene Landesumweltministerien Auszüge, dann warf die Abgeordnete Bärbel Höhn, Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, eine Zahl aus dem Nitratbericht in die Öffentlichkeit, aber nachlesen, woher diese Zahlen nun kamen, ob da ein grober Unfug verbreitet wird, das konnte man nicht. Kritiker unerwünscht? Der Fake der Frau Höhn darf durch allgemein zugängliche Fakten in der Hand unerwünschter Kritiker nicht gestört werden?

Dann brachte der Deutsche Bauernverband am 22.12.2016 eine Pressemitteilung, dass der Nitratbericht erschienen sei und Google leitete den Suchenden tatsächlich zu einer versteckten Seite des Bundesumweltministerium, wo dieser Bericht downloadbar war. Wieder kein Muh und kein Mäh der Presseleute beider Ministerien. Dieser Bericht ist öffentliches Eigentum und hat dann, wenn er fertig ist, an die EU verschickt wurde, veröffentlicht zu werden! Er wurde zurückgehalten, Günstlingen zugesteckt, als ob es so eine Art Privateigentum der Minister wäre! Pressearbeit nach Gutsfrauenart?

Nach der Pressemitteilung des Bauernverbandes am 22.12.2016 las ich mir das Kapitel über das Nitrat im Grundwasser durch und veröffentlichte meine Kritik am 24.12.2016. Nun waren ja „Feiertage“ und bis zum 30.12. passierte nichts, dann war plötzlich der Nitratbericht 2016 von der Seite des Umweltministerium verschwunden. Bis zum 3.1. wurde dann dem WDR vorab gesteckt, dass die Umweltministerin diesen Nitratbericht 2016 am 3.1.2017 „vorstellen“ will. Ein kleiner Presstext dazu und die Begünstigten von ARD/WDR waren wieder ohne große eigene Mühe auf Spur, richtungsmäßig zufällig so ganz anders als am 22.12.2016 der böse Bauernverband.

Ich möchte die Abgeordneten des Bundestags bitten, hier für Aufklärung zu sorgen:

- 1) Warum wurde der Nitratbericht 2016 nicht nach Überstellung an die EU veröffentlicht? Wer trägt dafür die Verantwortung?
- 2) Wann hätte der Nitratbericht 2016 nach den gesetzlichen Vorschriften oder einem Anstandskodex veröffentlicht werden müssen?
- 3) Wer entscheidet in den Ministerien, wer vor einer Veröffentlichung schon mal damit oder mit Teilinfos daraus versorgt wird? Wem wurde der Bericht vorab zugestellt?
- 4) Bekommen vorab informierte Journalisten „Interpretationshilfen“ für den komplizierten Text mitgeliefert? Nach welchen Kriterien werden begünstigte Journalisten ausgewählt?
- 5) Warum wurde der Nitratbericht am 30.12.2016 von der Internetseite des Umweltministerium genommen?

²⁶ Vgl.: <http://www1.wdr.de/mediathek>

²⁷ Vgl.: https://www.bmlfuw.gv.at/wasser/wasser-eu-international/europaeische_wasserpolitik/Nitratbericht_2016.html

- 6) Was war der Grund für die dann ganz eilige „Vorstellung“ des Nitratberichtes am 3.1.2016?
- 7) Nach welchen Kriterien wurde im Nitratbericht 2016 der statistische Begriff „repräsentativ“ hinsichtlich des EUA- und das Nitrat-Messnetzes für die einzelnen Hauptflächennutzungen in Deutschland, die Grundwasserkörper und die Landwirtschaftsfläche, unterteilt in Ackerland+Dauerkulturen und Grasland, statistisch wissenschaftlich nachprüfbar festgelegt?
- 8) Als im September und November 2016 viele Medien eine Zunahme der Nitratbelastung meldeten, sich dabei auf Angaben aus dem Bundesumweltministerium und der Abgeordneten Höhn beriefen, wurde da Frau Höhn informiert, dass der Nitratbericht keine allgemeine Zunahmen der Nitratbelastung verzeichnet und eine solche „Zunahmeinfo“ nicht aus dem Bundesumweltministerium gekommen sein konnte? Warum wurde auf die vielen offensichtlichen Falschbericht in den Medien nicht reagiert?

Für eine Anfrage wäre der Fragenkatalog fachlich noch ausbaufähig!

3) Verbündete im Ungeist: Die Grün- und Nationalpopulisten

Das grünpopulistische Propandanetzwerk „Campact“ vergießt Krokodilstränen, weil sie als wirksamsten Verbündeten gegen die Handelsabkommen nun den neuen US-Präsidenten haben²⁸. Auch die Grünen im EU-Parlament suchen Distanz zu den mächtigen neuen Mitstreitern gegen den „unfairen“ Freihandel²⁹. Populismus ist ihr Geschäft, ob man es nun „Ernährungssouveränität“, lokal, regional oder national tauft, es ist eine gemeinsame Kampfansage aus zwei Richtungen an die Welternährung und den Frieden in der Welt. Beide stellen ihre dogmatischen Vorstellung von „fair“ (öko-fair bzw. national-fair) über alle anderen Urteile, machen keine Kompromisse.

Der Mitbegründer von Attac-Deutschland, Sven Giegold, agitiert als grüner EU-Abgeordneter wie einst die Terrorlabertasche Petra Kelly, kein Wunder dass eine Rebecca Harms die Flucht ergreift³⁰. Wenn die Grünen glauben, mit Präsident Trump könnten sie ein „öko-faireres“ Handelsabkommen bekommen als mit Obama, sollte jemand sie wecken. Nun haben wir keines, diese Absicherung fehlt gegen einen Präsidenten Trump. Präsident Trump wird separate Handelsabkommen als Spaltpilz gegen die EU benutzen. Die Grünen sind auch dafür verantwortlich, was sie mit populistischen Hetzparolen wie dem „Chlorhühnchen“ verhindert haben.

Die Grünen sind auch dafür verantwortlich, wenn sie mit ihrer moralischen Nerverei groß gemacht haben. Es sind nicht die Dummen oder Abgehängten, die jetzt populistisch wählen, es sind vor allem die von erzieherischen Tönen Genervten und Provozierten. Die lauthals verkündete „geistig-moralische Wende“ von Kanzlerkandidat Kohl war ein Witz. Statt einer der vielen Wendungen haben wir nun eine wetterwendische Kanzlerin Merkel als unfreiwilliger Zentralfigur der Weltgeschichte. Es fehlten zur Verhinderung von Brexit und Trump nur wenige Stimmen. Kanzlerin Merkel samt Medienhype und „Willkommenskulturlern“ haben mit ihrer Flüchtlingspolitik Brexit und Trump bei der „schweigenden, sich bevormundet fühlenden, Mehrheit“ befördert. Man ist auch für Nebenwirkungen verantwortlich und für verpasste Chancen.

Georg Keckl, 24.01.2017 Aktualisiert am: 25.01.2017 20:18 Uhr

²⁸ Vgl.: <https://blog.campact.de/2017/01/wie-wir-ttip-gestoppt-haben-und-warum-donald-trump-nichts-damit-zu-tun>

²⁹ Vgl.: https://twitter.com/sven_giegold/status/796646342647050240?lang=de

³⁰ Vgl.: <http://www.taz.de/!5347891/>